

No country for queers

In Italien ist Homophobie in den letzten Jahren sozial akzeptabel geworden

Die Europride 2011 fand unlängst in Rom statt – und verlief friedlich. Keine Selbstverständlichkeit in der Vatikan-Stadt und Hauptstadt eines Landes, das bekannt ist für seine homophoben Tendenzen. Auch wenn sich die rechtskonservativen Kräfte derzeit geschwächt zeigen, lässt das nicht unbedingt auf vermehrte Toleranz hoffen.

Miriam Ronzoni

Als die italienische Parlamentsabgeordnete Alessandra Mussolini – der Name ist dank ihrem Grossvater Benito auch Nichtitalienern wohl bekannt – am Fernsehen im März 2006 der transsexuellen Aktivistin und damaligen Kollegin Vladimir Luxuria an den Kopf schleuderte, «Faschistin» zu sein, sei immerhin «besser, als eine Schwuchtel» zu sein, war die Öffentlichkeit noch einigermaßen schockiert. Die unglückliche Aussage hatte keinerlei negative Konsequenzen für ihre politische Karriere. Dass die italienische Gesellschaft als nicht besonders schwulenfreundlich gilt, überrascht vermutlich niemand. Aber in den letzten Jahren hat eine spürbare und steile Eskalation stattgefunden.

Übergriffe

Im Frühling 2010 wurde in den Zeitungen fast wöchentlich von körperlichen Angriffen auf Homosexuelle in Rom berichtet. Trotzdem sprach sich Gianni Alemanno, der rechtskonservative Bürgermeister, gegen einen dem Parlament vorliegenden Anti-Homophobie-Gesetzesentwurf aus, der erschwerende Umstände für nachweislich durch Homophobie motivierte Straftaten vorsah. Alemannos Argumentation: Ein solches Gesetz habe einen «ideologischen Inhalt». Der von der demokratischen Abgeordneten Anna Paola Concia vorgeschlagene Entwurf wurde dennoch weiterdiskutiert und erreichte sogar einen parteiübergreifenden Konsens – unter anderem dank der Unterstützung durch die Ministerin für Gleichberechtigung, Mara Carfagna –, doch schliesslich lehnte ihn die Abgeordnetenkammer ab.

Nicht lange vorher war Concia, im Zentrum Roms unterwegs mit ihrer Lebensgefährtin, verbal angegriffen worden, laut ihr selbst mit den Worten: «Man sollte euch in die Gaskammer schicken.» Homophobe Vorstösse haben sogar ange-



Zeichen für eine rosigere Zukunft? Impression von der Europride 2011 in Rom.

Diego Drudi / Luzphoto

fangen, die Meinungsfreiheit zu gefährden. Ikea wirbt mit einer Foto von zwei Männern, die Hand in Hand in eine Filiale des Möbelgeschäfts eintreten, und dem Spruch: «Wir sind offen für alle Familien» – was der Staatssekretär Carlo Giovanardi als «verfassungswidrig» kritisiert hat, da die italienische Verfassung als Familie eine Einheit definiert, welche durch die Ehe zwischen einem Mann und einer Frau entsteht.

In Verona haben das rechtsradikale Kulturzentrum Casa Pound und die ultrakonservative katholische Gruppe Christus Rex letzten Winter eine Diskreditierungskampagne gegen den Dozenten Lorenzo Bernini geführt, der an der dortigen Universität politische Philosophie unterrichtet. Bernini, Spezialist für Michel Foucault und Judith Butler, beschäftigt sich mit «queer and gender studies». Seine Lehrveranstaltungen behandeln Themen, die an allen europäischen und amerikanischen Universitäten gelehrt werden. Christus Rex allerdings bezeichnete ihn in einer Pressemeldung nur in Anführungszeichen als «Professor» und warf ihm vor, einen «schwulen Lebensstil» zu predigen,

statt sein Fach zu unterrichten. Die Pressemitteilung brachte Veroneser Bürger dazu, vom Bildungsministerium eine Inspektion der Universität zu verlangen. Christus Rex ist eine kaum bekannte rechtsextremistische Gruppe; dennoch wurde ihre Initiative nicht einfach als grotesk verworfen: Diesen April griff die konservative Tageszeitung «Libero» das Thema auf.

Der «italienische Frühling»

Deshalb war die Entscheidung, den europaweit grössten Homosexuellen-Umzug, Europride 2011, am 11. Juni ausgerechnet in Rom zu veranstalten, sowohl provokant als auch kontrovers. Rom ist der Ursprungsort der neuen homophoben Welle, aber auch das Herz der italienischen Queer-Szene. Der Klub La Muccassassina ist seit Jahrzehnten der Schwerpunkt der italienischen LGBT-Bewegung (LBGT steht für «lesbian, gay, bisexual, transsexual»), und Vladimir Luxuria, die Seele der «Muccassassina»-Abende, war 1994 nicht nur die Veranstalterin der ersten italienischen Gay Pride,

sondern von 2006 bis 2008 auch die erste transsexuelle Parlamentsabgeordnete.

Die Polizei hatte Vorwarnungen hinsichtlich geplanter rechtsextremistischer Gegendemonstrationen bekommen; der Tag verlief aber überraschend friedlich. Eine Million Menschen marschierten und tanzten auf den Strassen der römischen Altstadt; zum Schluss gab Lady Gaga ein Gratiskonzert im Circo Massimo. War der erfreuliche Verlauf auch ein Zeichen des sogenannten «italienischen Frühlings», der im Mai mit den von der Mitte-Links-Koalition hoch gewonnenen Kommunalwahlen begonnen hatte und sich vorletztes Wochenende mit dem Erfolg von vier Volksabstimmungen fortgesetzt hat, deren Stossrichtung sich klar gegen das Berlusconi-Regime wandte?

Ein Linksruck der Kirche?

Vermutlich ist dem so. Dennoch gilt es Folgendes zu bedenken. Sowohl die Kampagne für die Kommunalwahlen als auch diejenige für die Volksabstimmungen konnten mit der katholischen Kirche rechnen. Bischöfe verteidigten Giuliano Pisapia, den neugewählten Bürgermeister von Mailand, gegen die Angriffe der Regierung, die ihn als Linksextremisten darstellten. Priester ermutigten die Gläubigen, zu den Volksabstimmungen zu gehen, deren Ergebnisse gemäss dem italienischen Wahlrecht erst ab einer Wahlbeteiligung von 50 Prozent gültig sind. Es war das erste Mal, dass die katholische Kirche sich so deutlich und massiv gegen die rechtskonservative Koalition mobilisierte, die das Land regiert. Und niemand bezweifelt, dass diese Intervention ausschlaggebend war. (Als sich der Vatikan 2005 gegen eine Volksabstimmung äusserte, die ein konservatives Gesetz über In-vitro-Befruchtung abschaffen wollte, blieb die Wahlbeteiligung unter 26 Prozent, obwohl das Thema die öffentliche Meinung stark beschäftigt hatte.)

Sollte sich die Kirche entscheiden – wofür es heute Anzeichen gibt –, die Mitte-Links-Koalition mehr oder weniger explizit zu unterstützen und durch ihre Unterstützung eine Wende mit herbeizuführen, gibt es gute Gründe zu befürchten, dass die Rechte von nichtverheirateten und gleichgeschlechtlichen Paaren zu einer heiklen Verhandlungsmasse werden könnten.

Miriam Ronzoni ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Kolleg-Forscherguppe «Justitia Amplificata: Erweiterte Gerechtigkeit» an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Sie hat zuletzt den Band «Social Justice, Global Dynamics» (Routledge, London 2011) mitherausgegeben.